

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Doris Rauscher

Staatsminister Klaus Holetschek

Abg. Alexander Muthmann

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Helmut Radlmeier

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Manfred Eibl

Staatssekretär Roland Weigert

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Markus Plenk

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Abg. Margit Wild

Abg. Martin Hagen

Abg. Alfons Brandl

Abg. Christina Haubrich

Abg. Tobias Gotthardt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Jan Schiffers

Staatsministerin Carolina Trautner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Jetzt rufe ich den **Tagesordnungspunkt 1** auf.

### **Befragung der Staatsregierung in der Corona-Krise**

Es gibt keine einleitenden Worte. Die Fragen werden in folgender Reihenfolge gestellt: SPD, FDP, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, AfD. Die fraktionslosen Mitglieder haben wie immer eine Minute, die Fraktionen vier Minuten.

Als erster Fragestellerin gebe ich der Kollegin Doris Rauscher das Wort. Die Frage richtet sich an das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. – Frau Rauscher, Entschuldigung. Zum Reden dürfen Sie natürlich die Maske abnehmen.

**Doris Rauscher (SPD):** Ja, das ist dann auch besser zu hören. – Herr Minister, ich richte eine Frage an Sie, und zwar geht es mir um die Unterstützung finanziell schwächerer Menschen durch die Tafeln. Das ist durchaus ein soziales Thema, tangiert aber natürlich wesentlich Ihr Haus.

Wir haben aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten bei Menschen, die die Tafeln aufsuchen, im Moment einen besonders hohen Druck; denn gerade jetzt zur Pandemiezeit ist der Zugang zu den Tafeln oftmals für Ältere, Alleinerziehende oder eben Grundsicherungsempfänger und weitere Zielgruppen von besonderer Bedeutung, gleichzeitig aber trotz Hygienemaßnahmen auch sehr stark eingeschränkt, weil die Ehrenamtlichen dort schlichtweg auch Sorge um ihre eigene Gesundheit haben. Deswegen meine Frage an Sie: Welche Schlüsse zieht die Staatsregierung daraus, dass die in diesem ehrenamtlichen und systemrelevanten Bereich Engagierten häufig noch nicht geimpft sind, und welche Überlegungen gibt es, sie eventuell prioritär in die Impfstrategie einzubeziehen?

**Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Frau Präsidentin! Liebe Kollegin Rauscher, nachdem ich seit über zehn Jahren selbst Schirmherr einer Tafel bin, ist das ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt, weil ich weiß, wie notwendig und wichtig diese Einrichtungen sind. Wir sind bei dem Thema der Impfungen natürlich

nach wie vor in der Priorität. Das heißt, wir folgen da den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission, die in der Coronavirus-Impfverordnung umgesetzt werden.

In diesen Prioritäten sind dann auch die einzelnen Gruppen enthalten: zuerst natürlich die besonders vulnerablen. Wir waren zuerst in den Altenheimen und Pflegeheimen. Das hat sich auch tatsächlich bezahlt gemacht, weil dort inzwischen die Mortalität wesentlich geringer ist.

So gehen wir jetzt nach den einzelnen Prioritäten vor. Dann kriegt jede Gruppe ihr Impfangebot. Die Frage ist, inwieweit man jetzt bestimmte Gruppen noch vorziehen könnte. Das ist natürlich immer ein schwieriges Thema, weil wir das für den Freistaat auch normalerweise nicht isoliert machen, sondern in der Gesundheitsministerkonferenz aufgrund der STIKO-Empfehlungen tun.

Wir sind einmal von der STIKO-Empfehlung abgewichen. Das war beim Vorziehen der Grundschullehrerinnen und -lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, die wir damals von der Gruppe 3 in die Gruppe 2 hochgezogen haben. Das war eigentlich die einzige Abweichung von der Empfehlung der Ständigen Impfkommission. Ansonsten sind wir in deren Priorisierung geblieben.

Ich glaube aber, dass es trotzdem jetzt sehr schnell geht, weil wir schon über 46 Impfzentren haben, die in der Priorisierung schon bei Gruppe 3 angekommen sind. Wir werden jetzt auch beim Zulauf des Impfstoffs sehr schnell in ein Impfangebot für viele weitere Menschen kommen. Dann hoffe ich, dass auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Tafeln, die noch nicht in der normalen Alterspriorisierung sind, sehr schnell ein Impfangebot bekommen.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Eine Nachfrage von der Kollegin Rauscher.

**Doris Rauscher (SPD):** Herr Minister, ich habe Ihre Antwort gehört, dass entsprechend der Empfehlung der Impfkommission bei der Priorisierung vorgegangen werden soll. Aber welche Überlegungen stellen Sie oder stellt die Staatsregierung denn an,

um gerade auch dieses Unterstützungssystem für die finanziell und sozial Schwächeren aufrechtzuerhalten, solange wir noch die Situation haben, die wir jetzt haben, und sie gerade in dieser schwierigen Pandemiezeit weiterhin zu unterstützen? Haben Sie Ideen, wie trotz der Pandemielage gerade in diesem sensiblen Bereich geholfen oder der Zugang zu Tafeln weiter aufrechterhalten werden kann?

**Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Na ja, im Rahmen der Möglichkeiten, die da sind – Hygienekonzepte, orientiert natürlich an den Inzidenzen, die jetzt noch nach der Infektionsschutzverordnung gelten –, versuchen wir das natürlich. Wir werden ja jetzt sehen, ob nächste Woche das Gesetz auf Bundesebene so beschlossen wird. Dann ergeben sich auch wieder andere Schlussfolgerungen für die Szenarien und für die Öffnungen.

Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir dort immer sehr genau hinschauen und auch nach Möglichkeiten suchen. Das gilt übrigens auch für bestimmte Gruppen in der Selbsthilfe und anderen Bereichen. Da muss man immer sehr gut zwischen der Gefahr der Infektion – und jetzt bei der britischen Mutante ist die natürlich sehr groß – und dem großen ehrenamtlichen Engagement abwägen, das wirklich den Menschen hilft. Ich will die Gelegenheit nutzen, mich bei allen im Ehrenamt und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Tafeln zu bedanken, die wirklich einen großartigen Dienst leisten.

(Beifall)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der nächste Fragesteller ist der Kollege Alexander Muthmann. Die Frage geht an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

**Alexander Muthmann (FDP):** Verehrter Herr Staatsminister, von mir kommt natürlich keine detaillierte Frage zu Raumlüftern, Lernplattformen oder Lehrplänen. Das ist alles Fachpolitik. Mir geht es um eine grundsätzliche Einschätzung, und ich frage nach zwei Beobachtungen:

Erstens. Die Schülerinnen und Schüler gieren ja regelrecht nach Schule, nach Kontakten, nach Begegnungen mit Freundinnen und Freunden. Ich denke, wir verstehen das alle nur zu gut.

Zunächst der zweite Hinweis: Aerosolforscher und Infektiologen sagen uns ja allenthalben, dass die Infektionen in Innenräumen stattfinden. Draußen kann man sich wohl nur dann infizieren, wenn man sich auch direkt ohne Abstand gegenübersteht und begegnet.

Deshalb meine ganz generelle Frage: Ist es möglich, die Klassen, die Homeschooling bzw. Wechselunterricht absolvieren müssen, wenigstens einmal in der Woche so eine Art Wandertag im Freien machen zu lassen? – Das wäre gut für die Bewegung, gut für Sozialkontakte, gut, denke ich, für die Psyche, für die Stimmung, gut für Familien und auch den Klassenverband. Das wäre gesund, wäre kreativ, und es gäbe viele gute Gründe, um in relativer Sicherheit an der frischen Luft doch ein bisschen was von dem zuzulassen, wonach sich die Schülerinnen und Schüler alle so sehnen.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Prof. Piazolo, Herr Staatsminister!

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema liegt uns allen am Herzen, natürlich besonders auch mir als Kultusminister, und zwar in mehrfacher Hinsicht: Natürlich wollen wir unsere Schülerinnen und Schüler, unsere jungen Menschen in Bayern möglichst an die Schulen bringen. Aber wie schon gesagt, ist die Gefahr gerade in Innenräumen vielleicht größer als draußen. Zum anderen geht es – das merken wir immer mehr – auch um soziale Kontakte. Insofern kann man so eine Idee natürlich diskutieren. Nur sind es immer zwei Herzen, die da in meiner Brust schlagen.

Heute hat Klaus Holetschek deutlich gemacht, dass gerade die Gruppe der 15- bis – ich glaube – 18- oder 19-Jährigen eine hohe Inzidenz von über 300 hat. Das liegt jetzt sicherlich nicht an der Schule, denn die Zahlen gehen auf die Osterferien zurück, sondern gerade auch an Begegnungen draußen. Aber so ganz genau weiß man es nicht.

Wichtig ist, dass die Schüler ein Angebot bekommen. Wir machen für alle Jahrgangsstufen in der Schule ein Angebot, bei einer Inzidenz unter 100 – das sind nicht mehr viele – im Wechselunterricht mit Testpflicht. Ich weiß auch, auf wieviel Widerstand diese Testpflicht vielfach gestoßen ist. Trotzdem ist sie erfolgreich. Sie gibt ein Mehr an Sicherheit. Ich persönlich mache mir auch Gedanken – das sage ich ganz deutlich –, ob die Schule ein sichererer Ort für junge Leute ist, weil dort getestet wird, als wenn sie sich ungetestet draußen aufhalten. Auch das müssen wir uns überlegen und nachprüfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Aber auch das bedeutet für mich, Schüler an Schulen zu bekommen.

Nun ist die Idee eines Wandertages sicherlich eine nette Idee. Aber die Frage ist eben, wie wir das organisieren. Nicht jeder ist begeistert vom Schulwandertag. Ich weiß, dass wir früher darüber abgestimmt haben. Immer, jedes Mal kam der Vorschlag von uns Schülern, lieber einen Brauereibesuch zu machen als einen Wandertag. Aber heute wäre der Wandertag wahrscheinlich durchaus angebracht. Nur stellen sich dann natürlich wieder ganz andere Fragen. Die erste Frage wird sein: Warum denn kein Schulunterricht? Es kam der Vorschlag, Schule mehr im Freien abzuhalten. Der wurde sofort von den Lehrerverbänden als unrealistisch abgelehnt. Wer macht die Wandertage? – Wir haben ja Distanzunterricht. Wer soll das denn sein?

Ich bin gern bereit, mir das mal anzuschauen. Man kann sich etwas überlegen. Aber auf den ersten Blick gesehen sind organisierte Wandertage einmal pro Woche doch eine Idee, die ein bisschen ferner liegt. Aber sagen wir es so, anders formuliert: Alles, was auch die sozialen Kontakte stärkt, ist überlegenswert. Aber über den Wandertag für alle, einmal die Woche, sollte man noch einmal in aller Ruhe diskutieren. Das halte ich jetzt nicht für die allergelungenste Idee.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es gibt eine Rückfrage vom Kollegen Muthmann.

**Alexander Muthmann (FDP):** Mir ist klar, dass es da eine ganze Vielzahl an Bedenken und Hinweisen gibt. Wie hält man es mit dem Lehrplan? Wie kommen die Kinder in die Schule? Und tausend Fragen mehr. Das ist mir alles klar. Aber es geht doch auch um Lösungen, darum, was damit an Vorteilen verbunden ist, möglich zu machen.

Meine Nachfrage wäre: Kann das Kultusministerium es zumindest akzeptieren, wenn Schulen das zulassen, organisieren und sich zutrauen würden? Könnten Sie – was die Lehrpläne angeht – sagen: So what? So manche Detailfragen werden wir jetzt nicht vertiefen, sondern das machen wir jetzt mal. – Es geht doch um die Begegnung, das Erlebnis in der Natur. Nennen Sie es nicht Wandertag, sondern Erlebnistag oder einfach Unterricht in der freien Natur. Das ist mir alles recht. Es geht mir bloß darum, auch da mal eine Lösung zu finden oder einen Schritt nach vorne zu tun.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Wir haben natürlich eine ganze Reihe von Angeboten. Ich will nur auf das verweisen, was wir insbesondere in den Ferien mit dem Bayerischen Jugendring gemacht haben, im Sommer, aber auch im Herbst. Wir wollen das im nächsten Sommer wieder anbieten, auch an Pfingsten. Das sind freizeitpädagogische Einrichtungen, von Profis organisiert. Das halte ich für sehr sinnvoll. Das ist freiwillig und auch sehr gut. Das machen wir. Wir werden auch Brückenangebote machen, bei denen man diese Dinge auch berücksichtigen kann.

Selbstverständlich kann man überlegen, ob man auch während der Schulzeit Angebote macht, die in diese Richtung gehen. Nur muss ich da ganz deutlich formulieren: Während der Schulzeit stehen die schulischen Angebote im Fokus und nicht die freizeitpädagogischen. Da gibt es dann natürlich andere Dinge, auch jetzt schon. Es ist im Grunde genommen ein bisschen schwierig, jetzt zu sagen, dass wir die jugendpolitischen Angebote zwar nicht zulassen, aber sie vielleicht für Schüler zulassen. Aber ich nehme das noch mal zum Anlass, das als Anregung aufzunehmen. Ich habe ja immer gesagt: Wenn Vorschläge aus der Opposition kommen, will ich sie nicht gleich im ersten Augenblick einfach beiseite wischen. Wir werden die Idee im Kultusministeri-

um ventilieren und schauen, wie wir diese Gedanken vielleicht aufnehmen können. Vom Grundsatz her sind wir beisammen: Wie können wir es schaffen, dass die Schülerinnen und Schüler soziale Kontakte haben, dass sie ihr Umfeld haben, dass sie die Dinge, die ihnen wichtig sind, vielleicht auch unter einer bestimmten Aufsicht entsprechend gestalten können?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht wieder an den Staatsminister Holetschek und kommt vom Kollegen Helmut Radlmeier.

**Helmut Radlmeier (CSU):** Sehr geehrter Herr Minister, eine Frage aus dem Gesundheits- und Pflegeausschuss: Wie ist die Impfkampagne in der vergangenen Woche verlaufen? Wie viel Impfstoff, aufgeteilt nach Herstellern, wird für die kommenden Wochen erwartet? Eine Zusatzfrage zum Thema: Wie steht es um die Zulassung des CureVac-Impfstoffes aus Tübingen?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bitte, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Frau Präsidentin, lieber Kollege Radlmeier! Wir haben beim Thema Impfen Fahrt aufgenommen. Wir haben jetzt eine Impfquote von rund 20 %. Das heißt, wir haben diese früher erreicht als eigentlich prognostiziert. Deswegen glaube ich, dass wir im Rahmen dessen, was als Impfstoff zur Verfügung steht, gut unterwegs sind. Es hat etliche Aktionen in den Impfzentren gegeben, bei denen die Chance genutzt wurde, Personen über sechzig Jahren AstraZeneca anzubieten; sie konnten von diesem Angebot außerhalb der Priorisierung Gebrauch machen. Ich weiß, dass dort sehr viel und sehr große Akzeptanz war. Ich sehe gerade den Kollegen Seidenath: Ich glaube, Dachau ist ein ganz gutes Beispiel, Starnberg und andere Orte auch. Von daher kann ich sagen, dass im Rahmen dessen, was zuläuft, eigentlich alles verimpft wird, was geht.

Wir haben gestern im Rahmen der Länderkonferenz noch mal mit dem Bundesgesundheitsminister über die Frage gesprochen, was denn in Zukunft an Impfdosen kommen soll. Ich habe jetzt mal die Zahlen der Impfzentren da: Im April hatten wir in

den Impfzentren 1,3 Millionen Dosen Impfstoff von BioNTech, Moderna und AstraZeneca zur Verfügung. Im Mai sind 1,5 Millionen Impfdosen geplant. Im Juni sind es 1,9 Millionen. Das sind die Impfdosen, die in den Impfzentren zulaufen. Was darüber hinausgeht, soll ja auch an die Ärzte gehen. Ich bin überzeugt, dass im Mai und vor allem im Juni auch sehr viel Impfstoff in die Hausarztpraxen geht und natürlich auch zu den Betriebsärzten. Wir wollen ja, dass die Betriebsärztinnen und -ärzte sehr schnell in das System einbezogen werden. Wir werden in Absprache mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft im April mit ersten Modellprojekten starten. In den Regelbetrieb soll es tatsächlich im Juni übergehen, sehr schnell, schon Anfang Juni.

Ich hoffe, dass diese Lieferungen auch so kommen, wie sie geplant sind. Ich kann nur sagen, dass es immer wieder Überraschungen gibt. Zum Beispiel ist eine Charge von Moderna jetzt wieder nicht freigegeben worden. Das heißt, das verzögert sich. Dadurch entstehen natürlich draußen wieder Absagen von Impfterminen. Das ist für die Leute nicht schön. Wir wollen schnell vorankommen.

CureVac ist einer der Impfstoffe, der angeblich im Mai, möglicherweise erst im Juni, von der EMA zugelassen wird. Ich habe darüber auch keine weiteren Informationen. Wir hoffen, dass wir diese Woche noch Informationen über den Impfstoff von Johnson & Johnson bekommen. Das ist ein weiterer Vektor-Impfstoff, der nur eine Impfung benötigt, der aber im Moment zurückgestellt wurde, nachdem es dort auch Hinweise auf Erkrankungen oder Impfreaktionen gibt. Auch dieses Thema wird gerade geprüft. Dieser Impfstoff steht uns im Moment nicht zur Verfügung. Wir hoffen, dass wir relativ schnell wissen, wie es damit weitergeht.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht wieder an den Staatsminister für Unterricht und Kultus und wird vom Kollegen Martin Stümpfig gestellt.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Herr Staatsminister Piazzolo, vor den Osterferien wurden die Schulen ermutigt, dass sie durch Externe, hauptsächlich durch Apotheken, Coro-

na-Schnelltests durchführen lassen. In der Folge haben viele Schulamtsleiter und engagierte Lehrer die Osterferien geopfert, das organisiert, die Eltern abgefragt usw. Der Staat hat hier letzte Woche bestens funktioniert. So viel vonseiten der Schule. Jetzt kam das Störfeuer vom Kultusministerium. Am Freitag vor Schulbeginn wurde ein Rundschreiben an alle Schulleiter versandt. Darin hieß es, dass die Durchführung dieser Schnelltests durch externe Dienstleister untersagt sei – wohlgemerkt: drei Tage vor Schulbeginn. In dem zwölfseitigen verklausulierten Schreiben hieß es dann weiter, im Übergangszeitraum sei es aber noch gestattet, diese durchzuführen. Dieser Übergangszeitraum wurde aber nicht definiert – bis heute nicht.

Meine Nachfrage am letzten Dienstag bei Ihnen blieb unbeantwortet. Die Schulen haben bis heute nichts bekommen. Jetzt hat bei uns das Schulamt für die Grund- und Mittelschulen entschieden, dass der Einsatz von Externen seit dieser Woche nicht mehr erlaubt ist. Gerade mit Blick auf die Grundschulen oder auf die Klassen 1 bis 6 wissen wir aber, dass die Kinder noch nicht fähig sind, diesen Test so sorgfältig zu machen, dass er auch wirklich funktioniert. Zum Beispiel darf das Stäbchen nicht auf dem Tisch abgelegt werden. Nach unserer Meinung muss daher bis Klasse 6 die Testung durch Externe fortgeführt werden bzw. müssen Spuck- und Gurgeltests eingeführt werden.

Bis heute gibt es an den Schulen null Information. Die Apotheken laufen Gefahr, dass sie ihre Leistungen nicht mehr erstattet bekommen. Viele Schulen haben in dieser Woche das Testen eingestellt, entweder verordnet oder eigenständig. Das ist Verwirrung ohne Not. Keine Infos – das ist das Allerschlechteste und ein echtes Versagen, Herr Piazzolo. Wann schaffen Sie endlich Klarheit? Glauben Sie, dass Kinder in den Altersklassen 5 bis 12 die Corona-Schnelltests ohne externe Hilfe korrekt ausführen können? Welche Lösung haben Sie für diese Kinder?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Stümpfig, ich glaube, da war jetzt beinahe alles falsch. An den Schulen machen wir gar keine Schnelltests; wir machen Selbsttests. Die Schnelltests finden, wenn, dann außerhalb der Schule statt, zum Beispiel in Apotheken. Die Ergebnisse können beigebracht werden. Das ist selbstverständlich auch nicht untersagt. Man kann auch zu Testzentren gehen und dort einen Test machen lassen und mit einem negativen Ergebnis in die Schule kommen.

In den Schulen finden Selbsttests und Eigentests statt. Dort sind eben, wie das Wort schon sagt, keine Externen dahin gehend beteiligt, dass diese die Tests durchführen.

Die Fragestellung lautet, warum es gerade die Grundschüler nicht schaffen sollen. Ich wiederhole: Sie schaffen es seit mehr als sechs Wochen in Österreich. Sie schaffen es jetzt bei uns. Ich höre praktisch keine Klagen. Ich bekomme aus den Schulen positive Rückmeldungen, dass es funktioniert und dass es beim ersten Mal manchmal, gerade bei den Kleineren, wie geschildert, etwas Zeit braucht und vielleicht Anleitung erforderlich ist, wo das Stäbchen abgelegt werden kann.

Wir wollen ja schützen. Die Frage lautet daher: Ist es sinnvoll, Externe an die Schulen zu holen, die vielleicht eine zusätzliche Gefahr darstellen und eine neue Situation schaffen?

Zusammengefasst: Warum sollen es unsere Grundschüler nicht schaffen, unter Anleitung der Lehrkräfte etwas zu tun, was in Österreich seit Wochen funktioniert? Warum wird immer wieder, auch vonseiten der Opposition, nur gesagt, was alles nicht funktioniert? Wir haben gerade heute im Ministerrat besprochen, dass es funktioniert. Wir haben auch entsprechende Unterstützer. Wir haben Erklär-Videos eingestellt. Ich will nur an das Video mit der Augsburger Puppenkiste erinnern, das sehr gut ankam. Über eine Million Personen weit über Bayern hinaus haben es sich angesehen. Dieses Video ist kindgerecht.

Ich sage ganz ehrlich: Ich traue unseren Schülerinnen und Schülern nicht nur zu, sondern ich weiß, dass sie es gut machen. Es gibt viele Eltern, die dies auch vorher üben. Auch das ist übrigens möglich. Man kann sich einen Selbsttest besorgen und das Testen zuhause mit dem Kind üben. Dann geht es beim zweiten Mal schon besser. Hinzu kommt die Atmosphäre in der Schule – das sagen auch viele Schulleiter. Die Lehrkräfte kennen die Kinder und wissen auch, wie man mit ihnen umgeht, da sie pädagogisch geschult sind und die Kinder entsprechend einordnen können. Dies ist die beste Situation. Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte kennen sich.

Gerade die letzte Woche hat bewiesen, dass das in Bayern sehr, sehr gut funktioniert hat. Vielleicht gab es einmal das eine oder andere, und man hat mehr Zeit gebraucht, aber insgesamt waren die Erfahrungen positiv.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Eine Rückfrage, bitte schön.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Frau Präsidentin, genau um dieses Zeitgeben geht es uns. In vielen Schulen waren letzte Woche bereits Externe an der Schule, damit Routine entsteht, damit die Schüler das Testen lernen. Gerade für die 1. bis 6. Klasse braucht es ein wenig Zeit. Ich verstehe einfach nicht, warum jetzt wieder auf die Bremse getreten wird, obwohl das Systeme sind, die sich die Schulen selbst erarbeitet haben und wofür sich die Lehrer engagiert haben. Warum geben Sie dafür nicht mehr Zeit? Wie ist dieser Übergangszeitraum definiert?

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus):** Wir geben auch Freiraum. Wir haben ganz bewusst gesagt, dass es selbstverständlich Beratungsmöglichkeiten gibt, zum Beispiel durch das Rote Kreuz, die Johanniter und viele andere. Das Zusammenspiel funktioniert auch sehr, sehr gut.

Ich weiß nicht, ob Sie selbst schon einmal einen Selbsttest bzw. Eigentest gemacht haben oder ob Sie Kinder haben, die ihn gemacht haben. Beim ersten Mal braucht dies etwas mehr Zeit. Vielleicht sind 20 Minuten oder eine halbe Stunde Zeit erforderlich, um alles erklären zu können. Die Erfahrungen beim zweiten, dritten Mal, auch mit

kleineren Kindern, zeigen aber, dass sie damit zurechtkommen. Dann wird es schneller und zügiger. Gerade im Zusammenspiel mit der Lehrkraft funktioniert das Testen.

Sie können mir gerne ganz konkret Beispiele von Schulen nennen, an denen es angeblich nicht funktioniert, wo es Probleme gibt. Dann können wir dort vielleicht auch noch einmal Hilfestellung leisten und deutlich machen, wie man didaktisch-pädagogisch vorgehen kann, damit ein solcher Selbsttest funktioniert.

Hinzu kommt – das will ich auch noch deutlich machen –: Wir haben im Moment in Bayern noch einen einzigen Landkreis, nämlich, wenn ich es richtig im Kopf habe, Tirschenreuth, in dem die Inzidenz unter 100 liegt; alle anderen liegen über 100. Dort sind dann nur noch die 4. Klassen in den Schulen. Bei den Viertklässlern funktioniert es sehr gut, wie übrigens auch bei den Kleineren. Dort befindet sich nur noch ein Viertel der Schüler in der Schule, und das auch noch im Wechselunterricht bei Anwesenheit der Lehrkräfte. Ich bin mir sicher und habe auch Beispiele dafür, dass diese Selbsttests funktionieren. Sie können aber gerne konkrete Beispiele nennen, derer wir uns dann annehmen können.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an das Wirtschaftsministerium und kommt vom Kollegen Manfred Eibl.

**Manfred Eibl (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, verehrter Herr Staatssekretär, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Zahlen in Deutschland wie auch in Bayern befinden sich auf einem verhältnismäßig hohen Niveau. Mit den hohen Zahlen gehen wieder zunehmende Einschränkungen des gesellschaftlichen, aber auch des wirtschaftlichen Lebens einher. Hingegen legt der Geschäftsklimaindex der gewerblichen Wirtschaft den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests Bayern im März 2021 zur Folge jedoch deutlich zu und liegt im positiven Bereich. Dieser in seiner Gesamtheit positive Ausblick der Wirtschaft ist natürlich eine grobe Vereinfachung, weil in den verschiedenen Branchen unterschiedliche Gegebenheiten und auch Betroffenheiten vor-

liegen. Darum die Frage: Wie stellt sich die augenblickliche Situation der bayerischen Wirtschaft aus Sicht der Staatsregierung dar?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):** Verehrte Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Eibl, Sie haben angesprochen, dass dieser Ifo-Konjunkturtest – ich habe es mir aufgeschrieben – einen in der Gesamtheit positiven Ausblick darstellt. Das Ifo-Institut bezieht sich auf den Geschäftsklimaindex. Innerhalb der Wirtschaft scheint es unter dem Eindruck der pandemischen Entwicklungen wohl durchaus Licht am Horizont zu geben. Die Wirtschaftspolitik muss immer den augenblicklichen Eindruck und die Perspektiven betrachten.

Gesamtheitlich betrachtet lautet meine Einschätzung, dass die Situation ernst ist, nämlich zum einen – darauf werde ich gleich kommen – aufgrund der pandemischen Situation, zum anderen aber auch perspektivisch aufgrund dessen, was man auch in diesen Tagen im Vorgriff auf den sich abzeichnenden Bundestagswahlkampf insbesondere an steuerpolitischen Überlegungen hört. Ich sehe die Situation für die Wirtschaft also als durchaus kritisch an.

Ich betrachte das insbesondere auch unter dem Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Ausland. Ich habe vor wenigen Tagen eine Veröffentlichung, im "Handelsblatt", glaube ich, sehen dürfen, in der dargestellt worden ist, dass die chinesische Wirtschaft im abgelaufenen Quartal um rund 18 % gewachsen ist. Mich hat das zunächst enorm getroffen, weil das eine Aussage für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen, der bayerischen und der europäischen Wirtschaft bedeutet. Bei genauem Hinsehen merkt man allerdings, dass diese 18 % einen gewissen Basiseffekt in sich haben, weil die chinesische Wirtschaft im vorigen Jahr ziemlich am Boden gelegen ist. Wenn man das im Quartalsvergleich betrachtet, so war das Wachstum der chinesischen Wirtschaft im entsprechenden Quartal des letzten Jahres bei rund 4 % und

im letzten Quartal bei rund 0,6 %. Das heißt aber – das muss uns nachdenklich machen –, dass es in Asien und auch in Nordamerika vorangeht.

In Bayern hat die Corona-Krise die stärkste Rezession nach dem Zweiten Weltkrieg nach sich gezogen. Wir haben beim Bruttoinlandsprodukt, der klassischen Kennziffer der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, einen Einbruch von über 5 %. In Deutschland liegen wir ein Stück weit darunter, bei annähernd 5 %. Das bedeutet, dass unser starker Industrie- und Dienstleistungsstock stark getroffen ist. Die Prognosen für das kommende Jahr sind etwas korrigiert worden unter dem Eindruck des aktuellen Lock-downs. Aber wir liegen bei der Prognose im Jahr 2021 wohl, je nachdem, welche Szenarien die Wirtschaftsforschungsinstitute zugrunde legen, bei einem Wachstum vom 3 bis 4 %. Da werden wir sicherlich noch warten müssen, was in den kommenden Monaten auf uns zukommt. Für 2022 ist der Ausblick wohl so, dass wir es nach jenseits der 4 % schaffen können. Das bedeutet allerdings noch keine Entwarnung, weil wir am Ende des Tages eine sehr heterogene Situation in unserer Wirtschaft haben.

Ich habe vorher Industrie und Dienstleistungen angesprochen. Ich will diese Zweiteilung fortsetzen. Wir haben im Bereich der Dienstleistungen eine enorm starke Betroffenheit. Es trifft insbesondere den Bereich der Tourismuswirtschaft und der Beherbergung. Wenn ich da für den Bereich der Beherbergung ein paar Zahlen bemühen darf: Gaststättengewerbe – Einbruch der Umsätze im Vergleich zum Vorjahr um astronomische 60 %; im Bereich der Übernachtungen noch stärker. Im Bereich des Einzelhandels haben wir gerade beim innenstadtrelevanten Sortiment – da reden wir von Bekleidung, von Schuhen oder Schmuck – Einbrüche von 80 oder 85 %. Das geht damit einher, dass wir in den letzten zwanzig oder dreißig Jahren bei den Kommunen versucht haben, Innenstadtentwicklung voranzutreiben. Diese Bemühungen der Kommunen, der Städte, Märkte, Gemeinden und Landkreise, sind in dieser Situation in vielen Bereichen stark gefährdet. Aber hier gibt es eine Initiative des Bauministeriums und des Wirtschaftsministeriums, die sich um das Thema der Innenstadtentwicklung bemüht. Insbesondere diese angeschlagenen Bereiche der Wirtschaft versuchen wir

nachhaltig zu unterstützen. Sie kennen das auch von den Fördertöpfen, die wir aufgemacht haben. Wenn Bedarf ist, kann man das separat darstellen.

Im Bereich der Industrie haben wir im Vergleich zum ersten Lockdown eine Stabilisierung: vergleichsweise robust. Wir haben zwar bei den Umsätzen im Februar ein leichtes Minus zu verzeichnen, aber uns stimmt bei der Industrie positiv, dass die Auftrags-eingänge einige Male in Folge zugenommen haben. Wir haben im Februar ein Plus bei den Auftragseingängen von 7 %. Das sollte uns durchaus positiv stimmen, gerade bei der Industrie, die ein Kernwertschöpfer für die deutsche Gesellschaft ist. An ihr hängen auch insbesondere die Dienstleistungsbereiche, der Tourismus und der Einzelhandel. Das darf uns durchaus positiv stimmen, wenngleich wir bei der Industrie greifbare Herausforderungen sehen. Wir sehen das zum Beispiel in der Automobilindustrie. Hier haben wir insbesondere im Bereich der Vorprodukte bei den Halbleitern einen Engpass. Lieferengpässe sind insgesamt ein Thema, nicht nur für die Automobilindustrie, sondern auch für die deutsche Industrie insgesamt. Sie wissen auch, dass wir insbesondere bei den Frachtkapazitäten, gerade dort, wo es um Vorprodukte aus Asien in Richtung zu uns geht – das ist wichtig, damit unsere Unternehmen konkurrenzfähig einkaufen können und dann zu konkurrenzfähigen Preisen anbieten können –, massive Engpässe haben und eine drastische Steigerung der damit in Verbindung stehenden Kosten.

Bei allem Pro und Kontra im Bereich der Industrie, Kollege Eibl: Die Auftragsreichweite ist mit sieben Monaten so weitreichend wie nie. Diese Statistik gibt es, glaube ich, seit 2015. Wir haben eine Auftragsreichweite von sieben Monaten. Das sollte uns ein Stück weit hoffnungsvoll stimmen, wenngleich die Gesamtlage durchaus ernst ist.

Die Antwort auf die Frage, wie es weitergeht in der Industrie, bei den Dienstleistungen und den Branchen unserer Wirtschaft, wird im Wesentlichen auch davon abhängen, welche Erleichterungen wir in den kommenden Monaten bekommen. Das wird im Wesentlichen eine Frage der Durchimpfung der Gesellschaft sein. Hier müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, die wir nur unternehmen können.

Wenn wir von der Industrie sprechen, dann gehört es dazu, Kollege Eibl, dass wir auch den Außenhandel ansprechen. Ganz kurz: Beim Außenhandel stellt sich die Situation am Horizont ähnlich positiv dar wie bei der Industrie. Das ist wenig verwunderlich, weil insbesondere der Außenhandel sehr mit der Industrie verkoppelt ist. Wir haben bei den Exporten in den vergangenen Monaten eine leichte Zunahme gehabt. Die Auftragseingänge aus dem Ausland steigen ebenfalls.

Meine Damen und Herren, der Brexit hat im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung bei uns in Bayern Spuren hinterlassen. Wir liegen bei den Exporten in das Vereinigte Königreich bei einem Minus von über 10 %.

Das sind die wesentlichsten Inputs aus dem Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn Sie möchten, kann ich gerne noch weiter ausführen. Aber ich sehe schon, dass Ihnen das insoweit reicht. – Frau Präsidentin, ich würde das Wort zurückgeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Danke für die ausführliche Beantwortung der Frage. Ich gehe davon aus, dass keine Rückfrage kommt. – Das scheint so zu sein. – Die nächste Frage richtet sich wieder an den Gesundheitsminister und kommt vom Kollegen Franz Bergmüller.

**Franz Bergmüller (AfD):** Herr Holetschek, mehrere Sportarten sind verboten. Die Außengastronomie ist zugesperrt. Eine kürzlich veröffentlichte Studie im renommierten "British Medical Journal" hat gezeigt, dass COVID-Patienten, die durchweg sportlich inaktiv sind, ein zweimal höheres Risiko für Krankenhausaufenthalte hatten, ein 1,8 Mal höheres Risiko für die Aufnahme auf der Intensivstation und ein 2,5 Mal höheres Sterberisiko. Eine Studie im "Elsevier's Magazine" rät dazu, ein landesweites Programm für körperliche Bewegung zu implementieren, um Corona zu besiegen. Medizinische Studien belegen, dass durch mangelnde sportliche Betätigung das Risiko für chronisch schwerwiegende, lebensbedrohliche Krankheiten wie Herzinfarkt und Diabetes erheblich erhöht ist.

Führende deutsche und internationale Wissenschaftler haben aber längst bewiesen, dass die Möglichkeit, sich mit Corona anzustecken, im Außenbereich gegen null geht. In einer Studie aus China wurden 7.000 Corona-Infektionen untersucht, eine einzige davon fand im Außenbereich statt. In einem offenen Brief an die Bundesregierung erklären Dr. Christof Asbach, Präsident der Gesellschaft für Aerosolforschung, und Dr. Gerhard Scheuch, ehemaliger Präsident der International Society for Aerosols in Medicine, dass es im Freien kaum eine Ansteckungsgefahr gibt und deshalb sofort die Außengastronomie und alle Sportveranstaltungen, die im Freien stattfinden können, wieder erlaubt werden müssen.

Sehr geehrter Herr Holetschek, darum frage ich Sie: Wieso hören Sie nicht auf diese einschlägigen Studien der führenden Wissenschaftler in der Aerosolforschung, die zeigen, dass Sport gegen Corona hilft und dass die Ansteckungsgefahr im Freien praktisch nicht existent ist? Wo sind Ihre konkreten Studien, die die Schließung der Sportvereine, der Biergärten im Außenbereich und der Fitnessstudios rechtfertigen?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Frau Präsidentin! Herr Kollege Bergmüller, ich gehe natürlich davon aus, dass das Thema Bewegung für uns – für Sie wie für mich – ein ganz wichtiges ist. Bewegung stärkt; Bewegung ist ein ganz zentrales Thema. Man sieht es den Menschen ja an, wie sie sich bewegen und was sie für ihre körperliche Gesundheit tun.

Es ist für uns alle ein ganz zentrales Thema, Bewegung zu ermöglichen und zuzulassen. Natürlich ist es immer ein Abwägungsprozess, Herr Kollege. Es ist ein Abwägungsprozess in der Frage, wie hoch das Risiko ist, wenn man Mobilität zulässt und Kontakte ermöglicht. Dieser Abwägungsprozess wird von verschiedenen Seiten vorgenommen. Natürlich lesen wir auch die Gutachten, die Sie angeführt haben. Andere Virologen und Ärzte sagen, es sei notwendig, konsequent und entschlossen – gerade

jetzt, da die Zahlen steigen –, in gewissen Bereichen zu handeln und eben nicht zu öffnen.

Außerdem gibt es immer wieder Gerichtsurteile. Beispielsweise gab es damals bei der Abwägung einer Öffnung von Innensporthallen im Gegensatz zu Fitnessstudios ein Gerichtsurteil, das uns in der Frage der Gleichbehandlung zu einem anderen Ergebnis geführt hat. Wir sind im Übrigen im engen Austausch mit dem BLSV und haben uns schon mehrmals mit dem Präsidenten Jörg Ammon und dem Sportminister Joachim Herrmann in einer Videoschleife getroffen, um genau festzustellen, ab welcher Inzidenz etwas Öffnung möglich ist. Wir haben auch jetzt schon sportliche Betätigung zugelassen.

Wenn ich richtig lese, dann wird es nach dem neuen Bundesinfektionsschutzgesetz möglich sein, zwischen 22 und 24 Uhr joggen zu gehen. Daher, Herr Kollege Bergmüller, steht Ihnen hier jede Tür offen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Gibt es eine Nachfrage? Ich sehe es leider nicht. – Keine Nachfrage. – Die nächste Frage kommt vom Kollegen Plenk und geht an den Leiter der Staatskanzlei.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Sehr verehrter Herr Staatsminister, ich hatte Ihnen vor einigen Wochen die Frage gestellt, wie Sie zum europäischen Impfpass stehen und welche Daten dort kurz-, mittel- und langfristig gespeichert werden sollen. Vielleicht können Sie diese Frage bezüglich der Datenspeicherung heute beantworten.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Staatsminister Dr. Herrmann, bitte.

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien):** Frau Präsidentin! Lieber Herr Kollege Plenk, an meiner Einschätzung hat sich nichts geändert. Ich halte es nach wie vor für absolut richtig, dass an den Impffortschritt oder an das Durchlaufen der Krankheit und den Nachweis von Antikörpern bei

den jeweiligen Personen entsprechende Konsequenzen geknüpft sind und dass es dazu ein zentrales Dokument gibt, mit dem man das europaweit nachweisen kann, weil das eben auch die Reisetätigkeit und Mobilität wieder erleichtern wird.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es gibt eine Rückfrage vom Kollegen Plenk.

**Markus Plenk (fraktionslos):** Texas und andere US-Bundesstaaten wollen per Gesetz die Einführung und Verwendung derartiger Impfpässe verbieten. Das überrascht, weil die USA ja einen vergleichsweise niedrigeren Datenschutzstandard haben als wir. Glauben Sie nicht, dass die Bedenken im Hinblick auf Datenschutz und Überwachungsmöglichkeiten berechtigt sein könnten?

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien):** Man kann natürlich immer und gegen alles Mögliche noch so absurde Bedenken ins Feld führen, wenn man etwas nicht will. In Zeiten von Corona muss uns doch bewegen, in eine Normalität zurückzufinden. Jedem ist klar, dass Corona nicht von einem Tag auf den anderen komplett weg sein wird; stattdessen werden wir mit Corona und Veränderungen aufgrund von Corona umgehen müssen. Das wird auch gelingen, wenn wir Herdenimmunität haben und die Menschen geimpft sind. Alle Maßnahmen, die dazu beitragen, möglichst viel Normalität zurückzubekommen – vor allem, wenn es um Reisemöglichkeiten und internationale Mobilität geht –, soll man nutzen. Es ist total kontraproduktiv und absolut widersprüchlich, sich von vornherein zu überlegen, was alles dagegenspricht und warum man das nicht machen soll. Das merke ich auch an Ihren wöchentlichen Fragen.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht an den Staatsminister für Unterricht und Kultus und kommt von der Kollegin Margit Wild.

**Margit Wild (SPD):** Sehr geehrter Herr Minister, heute ist die Studie des Ifo-Instituts veröffentlicht worden. Da ging es um die Lernzeit; das Ergebnis war wenig positiv und nach meiner groben Bewertung, ehrlich gesagt, niederschmetternd.

Meine Frage geht in folgende Richtung: Ist es so, dass die Staatsregierung in den Osterferien ein Schreiben an die Schulleitungen der Grund-, Mittel- und wohl auch der Förderschulen versandt hat, mit der Botschaft, dass die Lehrerwochenstunden, die sich bis dato im Ganztage auf zwölf Stunden belaufen, auf neun Stunden heruntergefahren werden und damit den Schülerinnen und Schülern, die nach meiner pädagogischen Erfahrung besonders viel Lernzeit bräuchten, eigentlich Lernzeit genommen wird? Dazu hätte ich gerne eine Antwort.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Staatsminister, bitte schön.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss mir die Studie des Ifo-Instituts noch einmal genau anschauen. Sie ist nicht länderspezifisch. Das Ifo-Institut rechnet Lernen auch mal schnell in Geld um; nachher gibt es Erhebungen dazu, wie viele Stunden jeweils wo gelernt werden. Es setzt auch immer Zeiten des Lernens in der Schule mit Zeiten des Lernens zuhause gleich. Man muss sich solche Studien und die Frage, von welchen Voraussetzungen sie ausgehen, also immer sehr genau anschauen. Lernzeit ist nicht gleich Lernzeit. Das weiß jeder, der in der Schule war und auch selbstständig gelernt hat. Da gibt es schon sehr große Unterschiede, ob das das aktive oder passive Lernen oder vieles mehr betrifft. Das war nur ein Teil der Frage.

Beim zweiten Teil der Frage geht es darum, wer wie und was insbesondere im Mittel- und Förderschulbereich – gerade auch bei Ganztagschulen – unterrichtet. Wir haben natürlich immer die Überlegung und die Herausforderung, die Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Das ist der Hintergrund. Wir haben das im letzten Jahr gerade im Bereich der Grund-, Mittel- und Förderschulen mit dienstrechtlichen Maßnahmen gemacht, weil es ein bestimmtes Defizit gab.

Wir haben jetzt einen etwas anderen Ansatz und wollen unter anderem gerade deshalb in den von Ihnen genannten Bereichen verstärkt externes Personal einsetzen, das ansonsten im Ganztagsbereich tätig ist, also nicht nur Lehrer. Es ist kein qualitati-

ves Rückfahren; es soll sich qualitativ nichts dadurch ändern, dass wir die Stunden der Lehrkräfte im Ganzttag etwas herunterfahren, sondern es geht darum, eben auch andere Kräfte in diesem Bereich zu gewinnen, um insbesondere die Lehrkräfte dann auch in der Unterrichtsversorgung einzusetzen. Das ist der Hintergrund des Schreibens.

Daneben wollen wir – im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die schon sehr stark auf externes Personal zugreifen – auch bei Lehrkräften im Grund-, Mittel- und Förderschulbereich dafür werben, darüber nachzudenken und vielleicht dazu bereit zu sein, im Teilzeitbereich einiges zu tun und Stunden zu erhöhen, um gerade vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, wo wir viele Brücken- und Förderkurse anbieten wollen, entsprechend über Lehrkräfte zu verfügen, die hoch qualifiziert sind und zwei Staatsexamina haben. Deshalb haben wir diese Maßnahme so aufgesetzt.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es gibt eine Rückfrage. Bitte schön.

**Margit Wild (SPD):** Ich habe eine Nachfrage: Man kann das natürlich auch anders beurteilen. Als ehemalige Pädagogin meine ich schon, dass es um Qualität geht. Qualität bedeutet für mich, dass ich entsprechendes Fachpersonal anbieten muss. Das halte ich als Erstes fest. Zum Zweiten: Wir hatten schon einmal 19 Lehrerwochenstunden. Dann ging es auf 12 Lehrerwochenstunden herunter. In der jetzigen Zeit noch einmal auf 9 Lehrerwochenstunden zu reduzieren, kann ich so, wie Sie es erklärt haben, nicht akzeptieren.

Ich richte deshalb folgende Nachfrage an Sie: Ist diese Maßnahme nicht der Tatsache geschuldet, dass es gerade an den genannten Schulen, die ich und auch Sie aufgeführt haben, einen eklatanten Lehrkräftemangel gibt und man deshalb den Schulen sagt, sie könnten externes Personal dazuholen? Man muss sich schon ehrlich machen.

Uns als SPD geht es um Qualität in der Bildung. Gerade an Schulen, an denen uns die Förderung besonders wichtig ist, muss man auch das entsprechend qualifizierte und gut ausgebildete Personal vorhalten.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Staatsminister.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus):** Das hat nicht dem widersprochen, was ich vorhin gesagt habe. Mir und uns ging es gerade darum, in der Unterrichtsversorgung hohe Qualität zu erhalten und sicherzustellen. Die SPD kann gerne Vorschläge machen, wie wir das alternativ gestalten. Ich bin aber nicht bereit, das zu machen, was ich aus vielen SPD-Ländern kenne, nämlich einfach am Markt befindliche unqualifizierte Leute in der Schule einzustellen, wie dies zum Beispiel Berlin, aber auch andere Bundesländern tun. Ich weiß von Berlin, dass über 50 % der Neueinstellungen unqualifizierte Leute sind. Genau diesen Weg gehen wir in Bayern nicht.

Deshalb haben wir das Ganze jetzt wie folgt aufgesetzt: Wir wollen die Qualität erhalten. Wir wollen gerade im Ganztagsbereich weitere Kräfte, die dort schon seit einer ganzen Weile sehr gut tätig sind, gewinnen, aber die Stunden bei den Lehrkräften etwas reduzieren, um sie in der Unterrichtsversorgung einzusetzen. Vom Standpunkt der Qualität aus ist angedacht, unsere Lehrkräfte im Unterricht einzusetzen. Wir haben aber auch viele, viele Lehrkräfte, die in der Ganztagsbetreuung, in der Nachmittagsbetreuung und Ähnlichem tätig sind und über eine hohe Qualität verfügen. Diese wollen wir animieren – wie ich es vorhin gesagt habe –, entsprechend mehr zu arbeiten und sich dort noch stärker zu engagieren. Dies ist gerade ein Programm, das Qualität sicherstellen soll. Den Weg, wie ihn – wie gesagt – andere gehen, einfach auf dem Markt auszuschreiben und Menschen zu gewinnen, die nicht über die entsprechenden Qualitäten verfügen, halte ich für nicht gut.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. Jetzt haben Sie erst einmal eine Verschnaufpause, weil die nächsten drei Fragen an den Gesundheitsminister gerichtet sind. – Der erste Fragesteller ist Herr Kollege Martin Hagen.

**Martin Hagen (FDP):** Sehr geehrter Herr Gesundheitsminister, die Gesellschaft für Aerosolforschung hat vergangene Woche einen vielbeachteten Brief an die Bundesregierung geschrieben und dafür plädiert, sich stärker auf wissenschaftliche Erkenntnisse zu fokussieren, wonach das Ansteckungsrisiko in geschlossenen Räumen ungleich höher sei, während es an der frischen Luft minimal bis nicht vorhanden sei. Dem tragen die Maßnahmen bisher nicht Rechnung. Meine Frage dazu lautet: Welches Risiko geht vor dem Hintergrund dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse von dem Betrieb der Außengastronomie aus, dass es die Schließung der Außengastronomie durch die Staatsregierung, die bereits seit November Bestand hat, rechtfertigt? Welches Risiko sehen Sie oder von welchem Risiko wissen Sie, dem sich Menschen, die im Freien in einem Straßencafé oder Biergarten sitzen, aussetzen, das diese Schließung rechtfertigt?

Eine zweite, daran anschließende Frage lautet, da wir sicherlich gemeinsam wollen, dass alle Maßnahmen auf einer wissenschaftlichen Grundlage stehen: Welche Gefahr geht Ihrer Meinung nach davon aus, wenn Familien die Ferien über eine oder zwei Wochen anstatt zu Hause in ihrer Stadtwohnung in einem Ferienhaus im Bayerischen Wald verbringen? Wir wissen ja, dass Urlaub auf Mallorca beispielsweise möglich und erlaubt ist. Warum ist es nicht erlaubt, in einem Ferienhaus in Bayern Urlaub zu machen? Welches Risiko sehen Sie hier?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich will noch einmal ganz kurz, Herr Staatsminister, darauf hinweisen: Beim Sprechen darf man die Maske selbstverständlich ablegen. Dann geht es vielleicht leichter. – Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Frau Präsidentin, lieber Herr Kollege Hagen, wir sehen in dieser Pandemie immer wieder, dass die Ansteckun-

gen diffus sind. Dies ist ein Teil der Wahrheit. Diffus heißt, dass sie aus den verschiedensten Bereichen kommen. Natürlich sind die Gastronomie und Hotellerie ein Bereich, der Einzelhandel ist ein Bereich, und die Familien sind ein Bereich. Wir merken jetzt gerade bei den steigenden Inzidenzzahlen durch die britische Variante, die ja wesentlich ansteckender ist – man darf nicht vergessen, wir befinden uns jetzt nach der ersten Welle eigentlich in einer neuen Pandemie mit einer hochansteckenden Virusvariante –, dass die Übertragungswege sehr problematisch sind und auch sehr schnell funktionieren. Deswegen lautet das Gebot der Stunde, insgesamt mehr Kontakte zu unterbrechen und auch Mobilität zu unterbinden. Es ist schon auch eine Frage der Mobilität: Wie komme ich wohin? Wo treffe ich mich? Welche Fragestellungen ergeben sich aus diesem Thema? Ich bin immer dabei, diese Themen, die Sie angesprochen haben, zu diskutieren. Ich habe die Frage auch schon bei Herrn Kollegen Bergmüller beantwortet: Natürlich muss man solche Studien werten, abwägen und in ein Verhältnis zu Aussagen der Virologen sowie zur Frage des Ansteckungsrisikos der neuen britischen Variante stellen. Aus diesem Prozess heraus muss man versuchen, zu den richtigen Lösungen zu gelangen.

Ich kann nur noch einmal sagen: Wir befinden uns mitten in der dritten Welle. Wir sind an dem Punkt, an dem die Intensivbetten volllaufen. Wir sind in einer Situation, in der wir konsequent und entschlossen zusehen müssen, alles dafür zu tun, damit wir diese dritte Welle brechen, um uns in Zukunft wieder über Normalität und Öffnungen unterhalten zu können. Jetzt aber gilt es aus meiner Sicht nicht, Einzelfragen genau zu beantworten, sondern uns zu fragen: Wie können wir diese dritte Welle gemeinsam eindämmen und hindurchkommen?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es gibt eine Rückfrage des Kollegen Hagen.

**Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Er hat doch schon eine zweite Frage gestellt.

**Martin Hagen (FDP):** Weil ich letzte Woche selbst Zeuge geworden bin und Sie sich dazu auch schon in der Presse geäußert haben, würde mich Folgendes interessieren: Ich habe mitbekommen, wie ein mobiles Impfteam in Bayern nach dem Impftermin aufgezozene Spritzen weggeworfen hat, weil die Zahl der – – Bitte?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Sie haben nicht unendlich Zeit. Eigentlich ist die Zeit jetzt vorbei.

**Martin Hagen (FDP):** Dann machen wir es bilateral.

**Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Gerne.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Genau, bilateral ist auch eine Möglichkeit. – Der nächste Fragesteller ist Herr Kollege Alfons Brandl.

**Alfons Brandl (CSU):** Sehr geehrter Herr Minister Holetschek, es gibt interessante Konzepte zum Thema Spuck- und Gurgeltests. Meine Frage lautet: Wie sieht es hier denn mit der Zulassung, vor allem für unsere Kindertagesstätten, aus?

**Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Spuck- und Gurgeltests erproben wir in verschiedensten Bereichen schon in Pilotprojekten. Als Pooling-PCR-Tests haben diese eine gewisse Zuverlässigkeit, wenn man auch immer wieder sagt, gerade in Hochinzidenzgebieten ist das nicht so einfach, weil die Wahrscheinlichkeit, in diesen Pools etwas Positives zu finden, dazu führt, dass das Ganze aufgelöst werden muss und dass jede einzelne Probe noch einmal untersucht werden muss, und dies auch Laborkapazitäten bindet. Trotzdem handelt es sich dabei aus meiner Sicht um eine gute und vernünftige Methode, die wir weiter ausrollen wollen. Wir sind im Ministerium gerade dabei zu prüfen, ob dies zum Beispiel für die ersten und zweiten Klassen der Grundschule ein Thema wäre, und versuchen, dieses Konzept mit den Landkreisen weiterzuentwickeln und nach vorne zu bringen; denn Testen ist als Sicherheitskonzept gerade in dem Bereich, in dem die Inzidenz jetzt nach oben geht, ein sehr wichtiges und zentrales Mittel.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Gibt es eine Rückfrage? – Nein, keine Rückfrage. – Dann ist Frau Kollegin Christina Haubrich die nächste Fragestellerin.

**Christina Haubrich (GRÜNE):** Während in Berlin über das Infektionsschutzgesetz beraten wird, steigen in Bayern die Infektionszahlen. Auch die Intensivstationen sind vielerorts voll. Was beabsichtigt die Staatsregierung denn zu tun, wenn die in Berlin beschlossenen Maßnahmen nicht über die Maßnahmen, die in Bayern sowieso schon gelten, hinausgehen?

**Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Wir können, wenn ich den Gesetzentwurf richtig interpretiere, immer schärfere Maßnahmen für uns treffen. Zuerst wird die Frage sein, zu beurteilen, wie das Gesetz im Detail aussieht. Wir werden uns sicher in der nächsten Kabinettsitzung mit diesem Gesetz und den entsprechenden Schlussfolgerungen, auch für das Bundesland Bayern, befassen.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin, könnten Sie, wenn Sie noch eine Rückfrage haben, vielleicht das Knöpfchen drücken?

**Christina Haubrich (GRÜNE):** Ich hätte noch eine Rückfrage zu den Testungen: In bayerischen Testzentren werden alle Tester mit Schutzausrüstung versorgt. In der Regel sind sie auch geimpft. Bei den Lehrern, die jetzt ebenfalls für das Testen verantwortlich sind, ist das nicht in diesem Maße gegeben. Die, die momentan in den Schulen sind, sind noch nicht geimpft. Gibt es hier Überlegungen, dies noch nachzuholen? Bis jetzt sind nur Grund- und Förderschullehrer geimpft.

**Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege):** Zum Thema Impfen habe ich am Anfang kurz gesagt, wir sind jetzt in vielen Impfzentren schon bei Menschen der Prioritätsstufe 3 angelangt. Das heißt, darin sind alle weiteren Lehrkräfte schon enthalten. Wir hatten damals die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer, die Erzieherinnen und Erzieher sowie die Lehrerinnen und Lehrer an Förder- und Sonderschulen vorgezogen. Jetzt, glaube ich, sind wir sehr schnell in einem Bereich, in dem alle weiteren Lehrkräfte geimpft werden können. Zumindest habe ich dies aus der

Abfrage der Impfzentren so erfahren. Wie gesagt: Knapp die Hälfte ist schon in der Priorität 3. Daher bin ich sehr zuversichtlich, dass wir bei dieser wichtigen Personengruppe mit mehr Zulauf an Impfstoff jetzt auch schneller mit dem Impfen vorankommen.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. Das waren die Fragen an den Gesundheitsminister. – Der nächste Fragesteller ist Herr Kollege Tobias Gotthardt. Dessen Frage richtet sich an den Staatsminister für Unterricht und Kultus.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister! Vergangene Woche haben Sie – wie versprochen – die Neuvergabe der Lizenzen für das Videokonferenztool als Angebot an alle bayerischen Schulen inklusive der Grundschulen verkündet. Mit dem System Visavid hat ein Produkt "made in Bavaria" das Rennen gemacht. Meine Fragen dazu lauten: Was waren denn die ausschlaggebenden Vorteile dieses Systems? Sind die Vorgaben zum Datenschutz vollumfänglich erfüllt? Ab wann kann das System von den Schulen genutzt werden? Wie lauten die Vereinbarungen in Sachen MS Teams für das laufende Schuljahr?

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Staatsminister.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für diese Frage, die gerade für den Distanzunterricht sehr wichtig ist. Sie gibt mir Gelegenheit, das eine oder andere aufzuklären. Ich habe gelesen, dies hätte etwas mit mebis zu tun. Das ist nicht richtig, obwohl wir sehr viel über dieses Tool und über Lernplattformen geredet haben. Trotzdem ist vielfach immer noch nicht bekannt, dass das zwei ganz unterschiedliche Dinge sind: Auf der einen Seite steht mebis als Lernplattform. Diese Lernplattform wurde über Weihnachten stark ertüchtigt und läuft seitdem sehr gut. Auf der anderen Seite gibt es die Videokonferenztools für den Distanz- und den Wechselunterricht, die wir inzwischen alle kennen und auch intensiv nutzen.

Es gibt sehr viele verschiedene Videokonferenztools. Viele Gemeinden haben dafür eigene Verträge abgeschlossen, aber nicht alle. Deshalb haben wir sehr frühzeitig in dieser Pandemie, im Mai des vergangenen Jahres, einen Vertrag mit Microsoft abgeschlossen, um unseren weiterführenden Schulen ein Angebot zu machen. Dieses Angebot haben circa 500 Schulen angenommen. Dann haben wir uns Gedanken über ein Vergabeverfahren gemacht und dieses im Herbst aufgesetzt. Dieses Vergabeverfahren ist jetzt zum Abschluss gekommen. Aus Sicht derjenigen, die dieses Vergabeverfahren aufgesetzt haben, ist Visavid das geeignetste Videotool. Es ist maßgeschneidert, nutzerfreundlich, anwenderfreundlich und datenschutzkonform. Wir haben dieses Tool nicht nur für die weiterführenden Schulen, sondern auch für die Grundschulen ausgeschrieben. Soweit mir mitgeteilt worden ist, ist die Bedienung dieses Tools leicht und intuitiv zu erfassen.

Zum Verfahren: Wir haben den Vertrag mit Microsoft bis Ende April verlängert. In den Verhandlungen mit Microsoft ist es uns gelungen, eine weitere Verlängerung für diejenigen Schulen zu erreichen, die mit MS Teams arbeiten. Das sind die genannten 500 Schulen. Sie sollen nicht während des Schuljahres und kurz vor den Abschlussprüfungen zu einem Wechsel gezwungen sein. Andere Schulen, sowohl weiterführende Schulen als auch Grundschulen, können auf freiwilliger Basis ab Ende April/Anfang Mai das neue Videokonferenztool nutzen. Das ist aber nur ein Angebot. Sie müssen es nicht tun, aber es wäre empfehlenswert. Ich hoffe, dass dieses Angebot gut angenommen wird.

Ich bin froh, dass wir diese Lösung haben. Schulen, die sich an MS Teams gewöhnt haben, können damit bis zum Ende des Schuljahres arbeiten. Wir haben aber für die weiterführenden Schulen und die Grundschulen ein neues Tool zur Verfügung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Der nächste Fragesteller ist Herr Jan Schiffers von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

**Jan Schiffers (AfD):** Sehr geehrte Frau Staatsministerin, im oberfränkischen Hof wurde vor Kurzem getestet, welche Corona-Tests für Kinder unter 6 Jahren am praktikabelsten sind. Dabei kam zuerst der sogenannte Gurgeltest zur Anwendung, in der Folge der Schwammtest, und im benachbarten Österreich werden gerade sogenannte Lollipop-Tests bei Kindergartenkindern ausprobiert. In diesem Zusammenhang stelle ich folgende Fragen:

Erstens. Plant die Bayerische Staatsregierung analog zur Testpflicht in Schulen eine Testpflicht auch für Kindergartenkinder als Voraussetzung für den Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung?

Zweitens. Wie sollen die Tests bei Kindergartenkindern durchgeführt werden? Soll dies in Form von Selbsttests geschehen oder durch die pädagogischen Fachkräfte vor Ort?

Drittens. Welche Testmethode hält die Staatsregierung im Hinblick auf die Versuche in Hof für die geeignetste?

Viertens. Wer übernimmt die Haftung, wenn es durch die Testungen bei den Kindern zu Schädigungen kommt, zum Beispiel durch falsche Anwendung?

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

**Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns natürlich mit der Frage der Tests für die Kindergartenkinder auseinandergesetzt. Das Problem besteht darin, dass wir bundesweit noch keine zugelassenen Tests haben, die für kleine Kinder wirklich geeignet sind. Wir können bei einem zweijährigen Kind keinen Gurgeltest durchführen. Die Spucktests wurden vom RKI als wenig aussagekräftig eingestuft. Wir hoffen deshalb auf die Lollipop-Tests, die noch nicht zugelassen sind. Im Moment gibt es

einfach keine Testart, die für kleine Kinder wirklich geeignet ist und durch die die Kinder nicht zu sehr belastet werden.

Ich halte es für ausgeschlossen, dass ein Kindergartenkind am Platz mit verbaler Unterstützung der Erzieherin einen Nasentest selbst durchführt. Da sind wir uns einig. Eine Erzieherin oder ein Erzieher mit 25 Kindergartenkindern kann solche Tests nicht selbstständig ohne Überlastung durchführen. Sobald es einen geeigneten Test gibt, wäre zu überlegen, die Tests zu Hause bei den Eltern durchführen zu lassen. Die derzeit vorhandenen Tests sind aber noch nicht zugelassen, sodass wir noch keine flächendeckenden Tests für die Kita-Kinder anbieten können.

Wir machen uns trotzdem große Gedanken, weil wir gesehen haben, dass kleinere Kinder durch die britische Mutation einer größeren Gefahr ausgesetzt sind, sich anzustecken. Deshalb haben wir gesagt: Solange es noch keine Testungen gibt, die kleine Kinder zuverlässig durchführen können, appellieren wir an die Eltern, zu Hause bei sich verstärkt Tests durchzuführen. Bei der britischen Mutation können wir davon ausgehen, dass beim Auftreten eines Falles in der Familie alle Familienmitglieder betroffen sind. Bei verstärkten Tests zu Hause können wir feststellen, ob die Kinder tatsächlich belastet sind.

Die letzte Umfrage, wie viele Kindertagesstätten von einer coronabedingten Schließung betroffen sind, wurde letzten Freitag durchgeführt. Das Ergebnis war, dass von 9.800 Kitas 114 von einer Schließung betroffen waren, also ein sehr geringer Prozentsatz. Da an den Kitas sehr viele feste Gruppen gebildet werden, gibt es in der Regel nur gruppenbezogene Schließungen. In den wenigsten Fällen müssen ganze Kitas schließen. Wir haben uns auch angeschaut, wie viele Kinder und Erzieher betroffen sind. In den bayerischen Kitas werden im Schnitt 50 % der Kinder betreut. Nur 0,02 bis 0,03 % der Kinder sind betroffen.

Bei den Erziehern sieht es ähnlich aus. Bei den Erziehern ist es uns gelungen, durch die vorgezogene Impfung und das zweimalige Testangebot pro Woche einen Fort-

schritt zu erreichen. Ich kann Ihnen versichern, dass wir die Situation weiterhin beobachten werden. Ich stehe in engem Kontakt mit dem Gesundheitsminister. Sobald es Lösungen gibt, die für kleine Kinder tolerabel sind, werden wir prüfen, welche dieser Lösungen sinnvoll sind. Ich beobachte die coronabedingten Schließungen von Kitas ganz genau.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Frau Staatsministerin Trautner, ich bedanke mich sehr herzlich für die Beantwortung der Frage. – Ich sehe keine weiteren Fragen mehr. Damit ist die Fragestunde beendet.